Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1895

13.1.1895 (No. 13)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 13. Januar.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsr. Ztg." — gestattet.

№ 13. 1895.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der **Großherzog** haben Sich unter dem 31. Dezember d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Gerichtsvollzieher Lorenz Nagel in Ettenheim die kleine goldene Verdienstmedaille zu verleihen.

Die Funktionen eines technischen Beamten für Pferdezuchtangelegenheiten im Sinne der landesherrlichen Verordnung vom 13. November 1872 (Ges.- u. V.-O.-Bl. Nr. XL) wurde durch Entschließung Großh. Ministeriums des Innern vom 7. d. M. dem Grafen August Bismarck in Lilienhof, Königl. Preuß. Major a. D., übertragen.

Durch Entschließung des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts vom 12. Dezember 1894 wurden die Aktuare Emil Winterhalter bei der Staatsanwaltschaft Karlsruhe, Jakob Meder bei jener in Mannheim, Friedrich Nenninger bei jener in Freiburg zu Expeditura ssistenten ernannt.

Durch Entschließung Großh. Steuerdirektion vom 31. Dezember v. J. wurde Finanzassistent Hermann Marheiter, erster Gehilfe bei Großh. Obereinnehmerei Mosbach, als Buchhalter etatmäßig angestellt.

Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 12. Januar.

Die Streitfrage, welche sich zwischen Schweden und Norwegen bezüglich der Aufrechterhaltung der schwedisch-norwegischen Gesandtschaft in Wien entwickelt hat, ist zu einer vorläufigen Entscheidung gelangt, indem diese diplomatische Vertretung der Unionstaaten auch weiterhin ohne jede Aenderung ihres bisherigen Charakters bestehen bleibt. Bekanntlich hatte das norwegische Storthing im vorigen Jahre mit geringer Majorität beschlossen, für die Erhaltung der Königlichen Gesandtschaft in Wien keine weiteren Beiträge mehr zu bewilligen, und gleichzeitig den Beschluß gefaßt, daß von Seiten Norwegens überhaupt künftighin Kredite für die diplomatische Vertretung der Union nur unter der Bedingung gewährt werden sollen, daß die Gesandtschaft in Wien nicht mehr als „schwedisch-norwegische", sondern bloß als „schwedische" bezeichnet würde. Außerdem gab die radikale Mehrheit des Storthings zu verstehen, daß Norwegen sich vorbehalte, wenn die Umstände es erheischen sollten, eine außerordentliche norwegische Gesandtschaft nach Wien zu entsenden. Hätte die Regierung sich der erwähnten Bedingung unterworfen, so wäre die Bahn für eine indirekte Erreichung der partikularistischen Ziele der norwegischen Radikalen eröffnet gewesen. Der von der radikalen Mehrheit des norwegischen Storthing unternommene Versuch, in die Union nach der Richtung der internationalen Beziehungen Bresche zu legen, ist aber völlig mißlungen. Seine Majestät der König hat in einer Resolution kundgegeben, daß die vom Storthing mit den angeführten Einschränkungen für die Vertretung der Union im Auslande bewilligten Kredite als nicht bewilligt zu betrachten seien, und angeordnet, daß bis auf weiteres Schweden allein sämmtliche Ausgaben für die diplomatische Vertretung der beiden Unionsstaaten zu übernehmen habe. Diese Entscheidung war jedenfalls die würdigste, welche getroffen werden konnte. Die norwegischen Radikalen sind gegenüber dieser Lösung der von ihnen aufgeworfenen Streitfrage, die allerdings nur als eine vorläufige angesehen werden kann, ganz machtlos, da es ja kein Mittel gibt, Schweden an der Deckung sämmtlicher Kosten der diplomatischen Vertretung für beide Unionsstaaten zu verhindern. Sowohl dieser Mißerfolg, wie manche andere Umstände haben im Lager der Radikalen Zwiespältigkeiten hervorgerufen und es sollen zwischen den radikalen Mitgliedern des Storthings große Meinungsverschiedenheiten über die während der bevorstehenden Session zu befolgende Taktik bestehen.

Die geplante Vereinigung des Kongostaates mit Belgien ist natürlich verschiedenen Politikern, die in Paris, aber keineswegs dort allein vertreten sind, ein sehr wenig sympathisches Beginnen, dem sie mit allerlei Scheineinwendungen entgegenwirken. Dahin gehört auch die Besorgniß, daß im Falle einer Verschmelzung des Kongostaates mit Belgien die politische Machtkonstellation Westeuropas eine vom Standpunkte des internationalen Friedensinteresses nicht unbedenkliche Verschiebung erfahren dürfte. Es ist nicht recht ersichtlich, worauf sich diese Befürchtung stützt. Belgien ist ein neutrales Land, der Kongostaat gleichfalls, und man sollte daher meinen, daß jede Verengerung der Beziehungen zwischen beiden die Vortheile, die ihnen aus ihrem Neutralitätsprivileg erwachsen, nur erhöhen könnte. Allerdings würden die Mächte darüber zu wachen haben, daß aus den erwähnten Vortheilen der Neutralität keine unzulässige Konsequenz gezogen werde. Dagegen kann man es nur als müssige oder tendenziöse Hirngespinnste bezeichnen, wenn zu verstehen gegeben wird, Belgiens Eintritt in die Reihe der Kolonialstaaten werde es in Lagen bringen, denen es ohne Anlehnung an eine europäische Macht nicht gewachsen wäre. Natürlich fehlt es nicht an Leuten, welche den Franzosen durch Vorspiegelung der Möglichkeit eines deutsch-belgischen Bündnisses in Afrika und Europa bange zu machen suchen. Indessen hat sich Frankreich schon längst überzeugen können, wenn es sonst wollte, daß die deutsche Politik in Belgien sowenig als sonstwo darauf ausgeht, im Trüben zu fischen. Wenn das französische Streben nach Geltendmachung des Vorkaufsrechts nicht wäre, so würde die Frage wegen Uebernahme des Kongostaates durch Belgien überhaupt keine weiter reichenden Erörterungen hervorgerufen haben. So aber gilt es in erster Linie das Terrain für die staatsrechtliche Behandlung der Angelegenheit zu klären. In Brüssel ist man damit jetzt eifrig beschäftigt. Am heutigen Tage soll der Ministerrath sich über die Art und Weise schlüssig machen, wie die auf nächsten Dienstag festgesetzte Beantwortung der Interpellation Lorand lauten soll. In Anschluß daran verdient die Notiz Brüsseler Blätter Erwähnung, wonach der Kommandant Chaltin, einer der belgischen Offiziere, welche sich in den Kämpfen gegen die aufständischen arabischen Sklavenhändler im Seeengebiet so sehr hervorgethan haben, vom Könige Leopold zu Anfang des kommenden Monats in einer Spezialmission nach dem oberen Kongo entsandt werden wird.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 11. Januar.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

Liebermann v. Sonnenberg (Reformp.): Die Verpflichtung Staat, Familie und Religion zu schützen, entbindet uns nicht der Pflicht, die Einzelheiten der Vorlage sorgfältig zu prüfen. Daß das heutige Strafrecht nicht den Ansprüchen der Gegenwart genügt, gibt auch die „Vossische Zeitung" zu. Das ist richtig, aber wem verdanken wir dieses Strafrecht? Dem Abgeordneten Lasker. Es ist also mit semitischem Geiste durchtränkt. Ueber das Sozialistengesetz kann man denken wie man will. Auch wir sind der Meinung, daß es nicht zweckmäßig gewesen sei. Damit ist aber nicht gesagt, daß man überhaupt kein Sozialistengesetz machen solle. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß einzelne Strafverschärfungen nothwendig sind. Wir werden deßhalb für Verweisung der Vorlage an eine Kommission stimmen. Unter allen Umständen sind wir für die Strafbestimmungen gegen sozialdemokratische Werbearbeit beim Heere, andere Bestimmungen dagegen können wir nicht annehmen. Wenn wirklich der § 130 angenommen wird, dann müßte mindestens statt Religion „christliche Religion" gesetzt werden. Was die Frage Monarchie oder Republik betrifft, so muß man die Geschichte schlecht kennen, wenn man in Republiken das Glück und die Freiheit für besser verbürgt erachtet als in Monarchien. Niemals sind scheußlichere Verbrechen begangen worden als unter der Devise: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Niemals kann ein Monarch so viel Schaden anrichten wie der souveräne Pöbel. Die Monarchie ist der beste Schutz des einzelnen. Die Presse soll man bei ihrer nothwendigen Arbeit nicht beschränken. Dagegen soll man nicht nur den Sozialdemokraten und Anarchisten entgegentreten, sondern auch den Schürern und Hetzern zur Revolution, dem Judenthum, das zu allen Zeiten und in allen Ländern den Umsturz gefördert hat. Man sorge, wenn man der Unzufriedenheit vorbeugen soll, für bessere Besoldung der Beamten, namentlich auch der Polizeibeamten, die der Staat wohl noch einmal sehr nothwendig brauchen wird. Es gibt eine Reihe von Gebieten, auf denen ganz ohne Noth Unzufriedenheit hervorgerufen wird. So beseitigt man z. B. jetzt auf den Schlachtfeldern um Metz die Kreuze, die dort zur Erinnerung an gefallene Helden aufgerichtet waren, und erweckt dadurch in den Kameraden jener Krieger nicht sehr angenehme Gefühle. Wir leiden auch unter dem Mangel an Diäten. (Glocke des Präsidenten.) Die Regierung sollte sich ein anderes Reichswahlrecht schaffen im Sinne einer Erweiterung desselben. (Präsident: das gehört auch nicht zur Sache!) Dann werde ich bei andrer Gelegenheit nachweisen, daß man das Wahlrecht durch die Wahlpflicht ersetzen sollte. Bruno Bauer hat zutreffend das grundstürzende Wesen des Judenthums gekennzeichnet. (Präsident: das gehört auch nicht zur Sache!) Der Herr Präsident hat nicht den Schluß absehen können. Ich wollte sagen: deßhalb müssen Strafbestimmungen gegen die umstürzenden Bestrebungen der Juden geschaffen werden. (Heiterkeit.) Ein fester Damm gegen die Unzufriedenheit ist ein tüchtiger Stamm von Handwerkern. Ferner müssen die oberen Klassen den niederen mit gutem Beispiel vorangehen.

Frhr. **v. Hodenberg** (Welfe) hält die in der Vorlage geforderten Strafbestimmungen für überflüssig. Seine Freunde würden keinem Paragraphen zustimmen, der das Gepräge einer Ausnahmebestimmung habe. Die scharfen Bestimmungen des frühern hannoverschen Gesetzbuches hätten auch nicht verhindert, daß die Nationalliberalen in den Jahren 1830 und 1848 einen Umsturz vorbereiteten (Widerspruch bei den Nationalliberalen), sie seien nur die gelehrigen Schüler ihrer Väter. Der größte Umsturzmann unserer Zeit sei Fürst Bismarck gewesen. Redner schließt mit den Worten: Gerechtigkeit erhöht ein Volk, aber die Sünde ist sein Verderben.

Kröber (südd. Volksp.): Ich kann nur bitten, die Vorlage ohne Kommissionsberathung abzulehnen. Man hat wieder einmal, um diese scharfen Bestimmungen zu rechtfertigen, das rothe Gespenst an die Wand gemalt. In München leitete ich eine Versammlung von mehr als tausend Männern aller Parteien, in der die Entschließung angenommen wurde, den Reichstag zu ersuchen, dieses Gesetz kurzer Hand abzulehnen. In Süddeutschland ist der allerungünstigste Boden für dieses Gesetz. Mein Namensvetter mit dem weichen G (große Heiterkeit) will die Vorlage eingehend prüfen, ich fürchte aber, es wird wenig dabei herauskommen. Man wirft den Süddeutschen vor, daß sie Partikularismus treiben und Opposition machen, ich erinnere aber an die Worte, die ein Monarch in das goldene Buch der Stadt München eingetragen hat. — —

Präsident **v. Levetzow** ersucht den Redner, die Person des Monarchen nicht in die Erörterung zu ziehen.

Kröber: Mir krampft sich das Herz zusammen, wenn ich daran denke, daß ich nicht für die deutsche Freiheit kämpfen darf. Wenn Sie dieses Gesetz zu Stande bringen, untergraben Sie die deutsche Freiheit.

Abg. **Sigl** erklärt, daß, wenn das Gesetz angenommen würde, die Freiheit der Presse dahin sei. In der bekannten Manier des „Vaterlands" polemisirt Abg. Sigl weiter gegen die Vorlage und viele andere Dinge, die, wie er sagt, den Bayern nicht „passen", und erklärt sich gegen eine Kommissionsberathung.

Kolonialpolitik.

Der Ausschuß der Deutschen Kolonialgesellschaft hielt jüngst eine Sitzung ab. Es wurde der Voranschlag für 1895 festgestellt, welcher mit 95 000 Mark balanzirte. Es wurde ferner beschlossen, beim Vorstande für die Arbeiten in 1895 folgende Bewilligungen zu beantragen: a. 1 000 Mark für die Fortsetzung der tropenhygienischen Arbeiten, b. 1 000 Mark für Verbesserung und Vervollständigung der Lichtbildersammlung zu Vortragszwecken. — In einer späteren Sitzung wurden die Referate zu den Anträgen des Ausschusses vertheilt. Es war ein Antrag der Abtheilung Köln und des Niederrheinisch-Westfälischen Gauverbandes, betreffend die Wiederaufnahme der von der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft in Halule im Jahre 1885 erworbenen Verträge, an den Vorstand eingegangen. Ueber denselben soll in der nächsten Ausschußsitzung, später in der Vorstandssitzung referirt werden. Es soll mit Herrn Dr. Hammacher, der seit Jahren in den Auswanderungssachen die kolonialen Bestrebungen geleitet hat, darüber in Verbindung getreten werden, ob es sich empfiehlt, wegen Erlaß eines Auswanderungsgesetzes, sowie zur Errichtung einer Informations- und Auskunftsstelle nach den Beschlüssen der Hauptversammlung vom 26. März 1892 seitens der Gesellschaft neue Schritte zu thun. — Herr Redakteur Meinecke berichtete über seine Reise nach Deutsch-Ostafrika, die ihn mit dem Hinterlande von Tanga und den Küstenplätzen bis südlich nach Mikindani bekannt gemacht hat. Nach seiner Ueberzeugung sind die Küstengebiete im großen Umfange für den Plantagenbau geeignet und lohnend. Von der Regierung müßte den wirthschaftlichen Aufgaben größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Für den Plantagenbetrieb sei die Regelung der Arbeiterfrage neben der Schaffung guter Verkehrswege ein Haupterforderniß, wenn die Entwickelung der Kolonie voranschreiten solle.

Deutschland.

Berlin, 11. Jan. Der kommandirende General des 1. Armeecorps v. Werder ist in Genehmigung seines Abschiedsgesuches zur Disposition gestellt und erhielt das Großkreuz des Rothen Adler-Ordens mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe. — Major François ist unter Entbindung von seiner Stellung als Kommandant der Schutztruppe à la suite der deutsch-südwestafrikanischen Schutztruppe gestellt. Major Leutwein sind die Funktionen als Kommandeur der Schutztruppe in Deutsch-Südwestafrika übertragen.

Berlin, 11. Jan. Der Flügeladjutant Seiner Majestät des Kaisers, Graf Moltke, ist heute Morgen zu dem Fürsten Bismarck nach Friedrichsruh gereist.

bc. **Berlin**, 11. Jan. Die Veröffentlichung des Gesetzentwurfs über die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes ist richtig in dem Sinne aufgefaßt worden, daß den im Erwerbsleben stehenden Kreisen der Bevölkerung zur Prüfung und Kritik des Entwurfs Gelegenheit gegeben werden sollte. Wenn aber aus der Thatsache der Veröffentlichung hier und da ferner der Schluß gezogen wird, daß man darauf verzichtet habe, die Vorlage noch während der gegenwärtigen Tagung an den Reichstag zu bringen, so ist dies irrthümlich. In Anbetracht der von vielen Seiten betonten Dringlichkeit eines gesetzgeberischen Einschreitens gegen unredliche Machenschaften im Handel und Verkehr hat die Regierung den Wunsch, das Gesetz so bald als möglich zu verabschieden, und es ist daher als Zeitpunkt für die Vorlage an den Bundesrath vorläufig die zweite Hälfte des Februar in Aussicht genommen. In diesem Falle würde für die Berathung im Reichstage voraussichtlich noch genügende Zeit bleiben. Unter diesen Umständen werden die betheiligten Kreise, insoweit sie auf die Berücksichtigung etwaiger Wünsche und Bedenken Werth

(Mit einer Beilage.)

legen, gut thun, möglichst bald zu dem Entwurfe Stellung zu nehmen.

♀ **Berlin**, 11. Jan. In denjenigen Kreisen, welche über das Verbrecherthum urtheilen können, herrscht längst Uebereinstimmung darüber, daß eine der Hauptursachen der Häufigkeit von Verbrechen und Vergehen und insbesondere des gewohnheitsmäßigen Verbrecherthums auf die Bestimmungen des Strafgesetzbuches über die Behandlung der jugendlichen Strafthäter, d. h. derjenigen im Alter von 12—18 Jahren zurückzuführen ist. Abgesehen von den gewichtigen Gründen, welche dafür sprechen, die Strafmündigkeit erst mit dem vollendeten 14. Lebensjahre beginnen zu lassen, ist es die Bestimmung des Strafgesetzbuches, wonach Zwangserziehung nur in denjenigen Fällen angeordnet werden kann, wo wegen Mangel des Erkenntnißvermögens von der Verhängung einer Strafe abgesehen werden muß. Die Erfahrung lehrt aber, daß, wenn es darauf ankommt, den mit dem Strafgesetz in Konflikt gekommenen jugendlichen Menschen vor dem Hinabsinken auf die Bahn des Verbrechens zu bewahren, die gerichtliche Strafe in der Regel nicht ausreicht, das Ziel vielmehr allein auf dem Wege der Zwangserziehung zu erreichen ist. Es wird daher in denjenigen Kreisen, welche mit der Kriminalistik und ihren Ursachen sich berufsmäßig befassen, als unerläßlich erachtet, daß behufs Verminderung der Zahl der antisozialen Elemente der Gesellschaft thunlichst bald eine Abänderung des Strafgesetzbuches dahin vorgenommen wird, daß es dem Ermessen des Richters vollkommen freigestellt wird, ob er gegen jugendliche Personen bis zum 18. Lebensjahre Strafe oder Zwangserziehung, oder Zwangserziehung neben Strafe verhängen will. Innerhalb der preußischen Staatsregierung wird zur Zeit die Frage erörtert, ob nach dieser Richtung hin für die Reichsgesetzgebung eine Anregung gegeben werden soll.

Stuttgart, 12. Jan. Die württemb. Handels- und Gewerbekammern haben, laut „Schwäb. Merkur", einen Gesetzentwurf zur Begutachtung erhalten, wonach in Württemberg zur Errichtung und zum Betrieb von Versicherungsanstalten, insbesondere von Aussteuer-, Sterbe- und Witwenkassen, die Einholung der Genehmigung der Regierung erforderlich sein soll und die schon vorhandenen Gesellschaften diese Genehmigung, soweit solche nicht schon früher ertheilt worden ist, nachträglich noch zu erwerben haben.

Frankreich.

⊙ **Paris**, 11. Jan. Der General Riu und andere Mitglieder der Kammer haben einen Gesetzentwurf vorgelegt, der bezweckt, eine eigene Civilklasse des Ordens der Ehrenlegion in's Leben zu rufen. Die öffentliche Meinung, welche mit den Antragstellern darin einverstanden zu sein scheint, daß die Vertheilung des Ordens in zu großer Menge erfolge, kann sich aber damit nicht befreunden, daß den Civilpersonen nicht die gleiche Auszeichnung, wie den Militärs zu Theil werden solle, denn man glaubt, die Civil-Ehrenlegion werde doch wohl nur als eine Dekoration zweiter Klasse betrachtet werden. In diesem Sinne äußert sich auch die Mehrzahl der hervorragenden Persönlichkeiten, welche in der schon so oft beliebten Weise der „Figaro" über diese Frage um ihr Urtheil gebeten hat. Alexander Dumas und Jules Simon, Henri Rochefort und Aurélien Scholl, Barboux und Léon Cléry, Emile Zola und sogar Sarah Bernhardt (die sich darüber beschwert, daß man nicht auch Frauen dekorire) — sie alle sind darüber einig, daß der Orden an Werth eingebüßt habe und daß die Wiederherstellung seiner alten Bedeutung durch das von Riu und Genossen vorgeschlagene Mittel nicht zu erreichen sei.

Unsere Marine im Jahre 1894.

Die thatkräftige Fürsorge, die Seine Majestät der Kaiser den Marineangelegenheiten von jeher zugewandt hat, ist erst in den letzten Tagen wieder besonders hervorgetreten. Alle Berichte stimmen darin überein, daß der Kaiser bei dem Herrenabend am 8. d. M. mit ebensoviel Sachkenntniß als Wärme für die unbedingte Nothwendigkeit einer Vermehrung unserer Kreuzerfahrzeuge eingetreten ist. Und wahrlich! wir haben schwerwiegende patriotische und materielle Gründe dafür, daß unsere Marine allen ihr erwachsenden Aufgaben in voller Leistungsfähigkeit gegenüberstehe. Und darum hoffen wir, daß sich der Reichstag der Pflicht, die Marine auf die Höhe ihrer Aufgaben zu heben, nicht entziehen wird. An unseren braven Seeleuten liegt es nicht, wenn nicht alles geschieht, was geschehen sollte. Was die Marine jetzt schon mit ihren beschränkten Kräften zu leisten vermag, das erhellt aus einem Ueberblick über ihre Thätigkeit.

Die Thätigkeit unserer Kriegsflotte war in dem letztverflossenen Jahre eine erheblich gesteigerte im Vergleich zu den Vorjahren. Das Jahr 1894 kann als ein Einschnitt in der Entwicklung unserer Marine bezeichnet werden, der erst wieder neu eintreten dürfte, nachdem auch der Ausbau unserer Kreuzerflotte bis zu einem gewissen Grade vollendet sein wird, was allerdings nach dem Stand der Dinge nicht vor Anfang des kommenden Jahrhunderts zu erwarten sein wird.

In erster Linie hat das letzte Jahr an die in außerheimischen Gewässern kreuzenden Fahrzeuge nicht unerhebliche Anforderungen gestellt, da auf fast allen sieben auswärtigen Stationen Konflikte eintraten, die das Einschreiten unserer Kriegsfahrzeuge bedingten. So nennen wir nur den Aufstand zu Anfang 1894 in Kamerun, bei dem das Kanonenboot „Hyäne" eintreten mußte, die verschiedenen Wirren auf Samoa infolge der Aufstände der Atuas, die unsern Kreuzern „Bussard" und „Falke" recht erhebliche Schwierigkeiten verursachten; ferner die Thätigkeit unserer drei Kreuzer 3. Klasse „Arcona", „Alexandrine" und „Marie" im brasilianischen Bürgerkriege unter Kapitän zur See Hofmeyer, die Entsendung des „Seeadler" nach Lourenço Marques, um unseren bedrängten Landsleuten Hilfe zu bringen, und endlich die anstrengenden Kreuztouren der beiden Kanonenboote „Wolf" und „Iltis" auf der ostasiatischen Station aus Anlaß des japanisch-chinesischen Krieges.

Von ganz besonderer Bedeutung für den auswärtigen Flottendienst war es, daß die Formation des Kreuzergeschwaders wieder in Kraft trat und die Flagge eines deutschen Admirals wieder in fremden Gewässern entfaltet wurde.

Nicht minder ereignißreich, wenn auch in anderer Beziehung, war das Jahr 1894 für die Schiffe in heimischen Gewässern, die zu Schul- und Uebungszwecken im Dienst gehalten wurden. So haben vor allen Dingen die großen Flottenmanöver des letzten Herbstes einen Umfang erreicht, wie es bis vor wenigen Jahren für die Verhältnisse unserer Flotte überhaupt undenkbar erschien. Der Hauptgrund hierzu lag in dem Umstande, daß in dem Jahre 1894 fast sämmtliche fertiggestellten Panzerschiffe der verschiedenen Klassen Probefahrten abhalten und zum großen Theil schon zu den Flottenmanövern herangezogen werden konnten. In dieser Beziehung werden sich allerdings die Manöver im kommenden Herbst noch instruktiver gestalten, nachdem unsere vier Panzerschiffe erster Klasse — gleichfalls im Jahre 1894 — zum erstenmal zu einem Verbande zusammengezogen wurden und auch vorläufig für das ganze kommende Jahr in derselben Dienstverwendung bleiben werden. Ferner darf nicht unerwähnt bleiben, daß im vorigen Sommer zum erstenmale eine reine Flottille von Panzerfahrzeugen formirt wurde, wenn sie sich auch nur aus drei Panzerschiffen vierter Klasse zusammensetzte. Von nicht zu unterschätzendem Werth endlich für die Durchbildung unserer Mannschaften war im verflossenen Sommer die Neuformation einer Reservedivision in der Ostsee und einer solchen von Panzerkanonenbooten in Danzig, während bisher nur eine Stammdivision von Panzerschiffen vierter Klasse in der Nordsee im Dienst gehalten wurde.

Auch für die Entwickelung der so wichtigen Torpedobootsflottille war das Jahr 1894 nicht ohne Vortheil. Das Material wurde um ein D-Boot und acht S-Boote vermehrt. Gewiß ein gutes Zeichen für die Ausbildung der Flotille war, daß im Laufe des ganzen Jahres nur verhältnißmäßig geringe Havarien eintraten.

Das lediglich zu Schulzwecken im Dienst gehaltene Flottenmaterial war dasselbe wie 1893; zur Ausbildung von Kadetten und Schiffsjungen waren für die ganze Dauer von zwölf Monaten vier Fregatten im Dienst, die sämmtlich gegenwärtig noch im Auslande kreuzen und erst gegen Ende März wieder nach der Heimath zurückkehren werden; zur Ausbildung für Artilleriezwecke diente der „Mars" und die „Carola"; ganz besonderen Werth legte man auf die Vervollkommnung bei der Bedienung der neuen Schnellfeuergeschütze, deren Wirksamkeit zur Genüge die Ereignisse in Ostasien bewiesen haben.

Wenn somit unsere Flotte auf eine recht anstrengende und vielseitige Thätigkeit im Jahre 1894 zurückblicken kann, die sicher nicht verfehlt hat, ihre Kriegsbereitschaft zu befestigen, so darf zum Schluß nicht übersehen werden, daß unsere drei kaiserlichen Werften zum guten Gelingen der gesammten Jahresübungen das Ihrige beigetragen haben.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 12. Januar.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog ertheilte heute Vormittag von 10½ Uhr ab den nachgenannten Personen Audienz: dem Geheimerath und Professor Dr. Bekker an der Universität Heidelberg, dem Direktor der Reichsbankstelle von Loewenich in Karlsruhe, dem Kaiserlichen Ober-Postdirektor Dehn in Konstanz, dem Assistenten bei der Direktion der Sammlungen für Alterthums- und Völkerkunde Professor Dr. Schumacher in Karlsruhe, den außerordentlichen Professoren Dr. Oppel an der Universität Freiburg und Dr. Müller an der Technischen Hochschule, den Professoren Eberhardt und Dr. Amann in Mannheim und Dr. Lenz in Baden, dem Buchdruckereibesitzer Vogel in Rastatt, den Amtmännern Arnold in Lahr und Dr. von Grimm in Mannheim, dem Notar Straub in Freiburg, dem Veterinärinspektor Hafner und dem evangelischen Kirchenbauinspektor Burckhardt in Karlsruhe. Dornach empfing Höchstderselbe den Königlich Bayerischen Kämmerer Freiherrn von Bettendorf und den Kammerherrn und Landgerichtsrath Freiherrn Stockhorner von Starein. Hiernach meldeten sich der Major von Ebmeier, Bataillonskommandeur im 5. Badischen Infanterie-Regiment Nr. 113, bisher à la suite des Kaiser Franz Garde-Grenadier-Regiments Nr. 2 und kommandirt zur Dienstleistung beim Auswärtigen Amt, der Major a. D. Rowan, bisher Platzmajor in Karlsruhe, der Rittmeister Grabert, Platzmajor in Karlsruhe, bisher Platzmajor in Neubreisach, der Hauptmann a. D. Sprenger, bisher im Infanterie-Regiment Herzog Ferdinand von Braunschweig (8. Westfälischen) Nr. 57, und der Second-lieutenant der Reserve von Scheffel des 1. Badischen Leib-Dragoner-Regiments Nr. 20. Im Laufe des Nachmittags hörte Seine Königliche Hoheit die Vorträge des Geheimeraths von Regenauer und des Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo.

** Zur Betheiligung an Börsengeschäften werden „kleine Kapitalisten" neuerdings von Berlin aus durch Anzeigen in den Tagesblättern aufgefordert, indem Auskunft darüber angeboten wird, wie man sich durch Zahlung einer mäßigen Einlage die Theilnahme an dem Gewinne aus den von einer Bankfirma für gemeinschaftliche Rechnung ihrer Auftraggeber ausgeführten Börsenoperationen verschaffen könne. Da die hierbei versprochenen außerordentlichen Gewinnaussichten thatsächlich sehr unsichere sind und derartige Unternehmungen erfahrungsgemäß nicht die geringste Gewähr für die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen bieten, so hat das Publikum alle Veranlassung, solchen schwindelhaften Anpreisungen gegenüber auf der Hut zu sein, um sich vor Verlusten zu bewahren.

⁂ (Die Dampfschifffahrten zwischen Hoyer Schleuße und Sylt) sind Eises wegen bis auf weiteres eingestellt.

× (Bürgerausschußsitzung vom 10. Januar.) Das Ergebniß der vor der Sitzung stattgefundenen Wahlen ist bereits mitgetheilt worden. Der erste Punkt der Tagesordnung betrifft die Erweiterung der Kokemagazine im Gaswerk II. Der Antrag des Stadtraths, „der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung ertheilen, daß die Kokemagazine im II. städtischen Gaswerk mit einem aus Anlehensmitteln zu bestreitenden Aufwand von 30 000 M. durch Aufbau zweier neuen Abtheilungen erweitert werden", wird ohne Diskussion einstimmig angenommen. Ebenso der zweite Antrag des Stadtraths: „der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung geben, daß das der Gemeinde gehörige Grundstück Sofienstraße 59 gemäß des zwischen dem Stadtrath und der Firma Junker u. Ruh vereinbarten Vertrags zum Preis von 51 135 M. sammt darauf befindlichen Gebäuden an die Firma Junker u. Ruh dahier verkauft werde, und daß mit einem aus obigem Kaufpreis zu deckenden Aufwand von 7 350 M. auf dem städtischen Grundstück Ecke der Sofien- und Scheffel-Straße ein Gebäude für die Faßaichanstalt errichtet werde". Betreffs Abänderung des Ortsstatuts über die Krankenversicherungspflicht stellt der Stadtrath den Antrag, zu genehmigen, daß das Ortsstatut über die Krankenversicherungspflicht vom 11. Okt. 1892 folgenden Zusatz erhalte: „Den ohne Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen ist im Falle der Erwerbsunfähigkeit Krankengeld nicht zu gewähren". Der Antrag ist von Bürgermeister Siegrist schriftlich begründet dadurch, daß das genannte Ortsstatut Personen, die ohne Lohn oder Gehalt beschäftigt werden, Krankengeld zuspricht, gelangen diese in den Besitz von Baarmitteln, sobald sie durch Krankheit „erwerbsunfähig" werden. Dies führt nach gemachter Erfahrung zu Mißbräuchen, indem minder gewissenhafte Personen um des Krankengeldes willen mit Vorliebe krank und arbeitsunfähig sind. Der Antrag des Stadtraths wurde einstimmig angenommen. Der Antrag des Stadtraths: „daß die Rudolf-Straße zwischen Ludwig-Wilhelm-Straße und Karl-Wilhelm-Straße mit einem aus Anlehensmitteln zu deckenden Aufwand von 15 165 M. als Ortsstraße hergestellt und mit Kanal, sowie mit Gas- und Wasserleitung versehen werde, sowie auf Genehmigung des mit der Generalintendanz der Großh. Civilliste vereinbarten Vertrags", wird ohne Diskussion einstimmig genehmigt. Der Stadtrath beantragt, die nachverzeichneten städtischen Beamten mit Wirkung vom 1. Januar 1895 mit Ruhegehaltsberechtigung und mit Recht auf Hinterbliebenenversorgung anzustellen: Zweiter Sekretär bei der Grund- und Pfandbuchführung Adolf Schütz, Kanzleigehilfe Max Schütz, Begräbnißordner Anton Volk, Gehilfe bei der Grund- und Pfandbuchführung Wilhelm Werner, Wasenmeister Simon Fritz, Verbrauchssteuererheber und Portier Friedrich Keller, Kassendiener bei der Spar- und Pfandleihkasse Friedrich Krebs, Heizer im Vierordt-Bad Rudolf Schmith, Feuerhausaufseher Emil Schober und Stadtdiener Xaver Wiggenhauser. Bürgermeister Siegrist begründet den Antrag; die Anstellung der genannten Beamten erfolgt nach Maßgabe der Beschlüsse des Bürgerausschusses vom 31. Mai 1889, 25. September 1890 und 7. Dezember 1891. Stadtverordneter Deffart fragt auf Anregung von verschiedenen Seiten, wie weit die Angelegenheit, betreffend die Pensionirung der städtischen Lehrer, für welche der Staat nicht aufkommt, gediehen ist und ob in nächster Zeit eine diesbezügliche Vorlage zu erwarten steht. Oberbürgermeister Schnetzler antwortet, daß eine Vorlage ausgearbeitet sei. Auf der letzten Konferenz der Vertreter badischer Städte wurde jedoch der Wunsch ausgesprochen, die Vorlage nicht eher zu erledigen, bis die Frage eines eventuellen gemeinsamen Vorgehens der größeren badischen Städte zum Austrag gebracht sei. Ueber diese Frage wird in nächster Zeit Berathung stattfinden. Man dürfe wohl annehmen, daß die berechtigten Wünsche der Lehrer erfüllt werden. Der Antrag wird nach kurzer Debatte einstimmig angenommen.

Der sechste und siebente Punkt der Tagesordnung betrifft „Verkauf von Geländestücken" an Eishändler Merkt und Jakob Mark. Es sind beides kleine Geländestreifen an der Rintheimer Straße. Nachdem Bürgermeister Siegrist die Anträge begründet und Stadtverordneter Schwindt seitens des Stadtverordnetenvorstandes die Annahme empfohlen, werden beide Verkäufe einstimmig genehmigt. Es folgt Verbescheidung der städtischen Rechnungen vom Jahre 1892. Berichterstatter der Prüfungskommission ist Stadtverordneter Ettlinger. Die Kommission beantragt, die Decharge zu ertheilen mit dem Hinzufügen, bezüglich § 7 Abs. 1 den Stadtrath zu ersuchen, nochmals bei der Staatsbehörde vorstellig zu werden. Es handelt sich hierbei um die Kosten des Geländeerwerbs für den Lauter-Berg. Durch Urtheil des Landgerichts vom 13. Juni 1892 wurde die Stadtgemeinde verurtheilt, an die Gemeinde Beiertheim für das expropriirte Gelände 143 860 M. 74 Pf. nebst 5 Proz. Zinsen vom 25. März 1889 zu zahlen. Die gegen dieses Urtheil von der Stadt eingelegte Berufung ist noch nicht entschieden. Am 21. Juli 1892 zahlte die Stadt unter Vorbehalt an Beiertheim diesen Posten nebst 23 896 M. 86 Pf. Zinsen. Diese Summe, auch die Zinsen, wurde auf Verfügung des Stadtraths aus Anlehensmitteln entnommen. Letzteres wurde bei der Rechnungsprüfung beanstandet. Nach einer Aufklärung hinsichtlich dieser Sache durch den Vorsitzenden, Oberbürgermeister Schnetzler, wird der Antrag der Prüfungskommission auf Genehmigung der Rechnungen für 1892 angenommen und die Sitzung geschlossen.

* (Der 7. Deutsche Philatelistentag) findet im Juli d. J. in Heidelberg statt.

* (Kleine Nachrichten aus Karlsruhe.) Verhaftet wurde eine Fabrikarbeiterin aus Neustadt, die einem Arbeiter aus Malsch das Portemonnaie mit 22 M. stahl. Ferner zwei stellenlose Burschen wegen Hehlerei und ein Bahnarbeiter aus Tirol, der vom Amtsgericht Cannstatt wegen Totschlags steckbrieflich verfolgt wird. — Eine ledige Taglöhnerin aus Pforzheim wurde wegen Vergehens gegen den Personenstand zur Anzeige gebracht. — Ein Taglöhner aus Adelshofen, der sich verschiedene Betrügereien und Diebstähle zu Schulden kommen ließ, wurde verhaftet. — Gestern Abend wurde in einer Mansarde der Westendstraße eingebrochen und mehrere Werthgegenstände entwendet.

* (Kleine Nachrichten aus dem Großherzogthum.) Der 26 Jahre alte Maurer und Bahnarbeiter Josef Allgeier in Gamshurst machte vor der Wohnung seiner Geliebten einen Selbstmordversuch, indem er sich in den Mund schoß; an seinem Aufkommen wird gezweifelt. Verschmähte Liebe ist das Motiv zur That. — Bei einer Theateraufführung in Waldkirch brach ein im Saale stehendes Malergerüst, auf welchem sich mehrere Personen befanden, zusammen. Dadurch wurden mehrere Frauen und Mädchen, welche unter dem Gerüst saßen, erheblich verletzt. Ein Mädchen soll eine schwere Gehirnerschütterung erlitten haben, so daß sie zur Zeit noch bewußtlos und in sehr bedenklichem Zustande darnieder liegt. — In Görwihl hat sich der seit kurzer Zeit dort angestellte Notariatsverwalter Referendär Hahn erschossen. — In Diersheim wurde der Farrenwärter Johann Schnee von einem Farren fast erdrückt. Der Mann schwebt in Lebensgefahr.

* **Heidelberg**, 12. Jan. Hofrath Dr. Bütschli, Professor der Zoologie an unserer Universität, ist, dem „Hdb. Tgbl." zufolge, zum korrespondirenden Mitglied der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg ernannt worden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

* **Freiburg**, 12. Jan. Die Allgemeine Volksbibliothek hat das zweite Jahr ihres Bestehens abgeschlossen und wird, der „Brsg. Ztg." zufolge, ihren Jahresbericht noch vor der am 21. Januar stattfindenden Hauptversammlung veröffentlichen. Der Zudrang dauert ungeschwächt fort. Im Monat Dezember wurden täglich über 100 Bücher ausgeliehen. Ueber 100 Leihkarten sind vom vorigen Jahre noch im Umlauf und im neuen wurden schon 540 ausgegeben. Schöne Schenkungen wurden der gemeinnützigen Anstalt im Laufe des Dezember dargebracht. Einige bewährte Wohlthäter wendeten zur Ausgleichung der Jahresbilanz der Volksbibliothekkasse Gaben von 50 bis 100 M. zu.

* **Bonndorf**, 11. Jan. Die hiesige Sektion des Schwarzwaldvereins hielt laut „Schwarzw. Ztg." vor einigen Tagen ihre ordentliche Generalversammlung ab. Die Kasse weist z. Z. ein Plus von 800 M. auf. Es wurde darum beschlossen, für das laufende Vereinsjahr mehrere Neuanlagen und Verbesserungen von Wegen und auf Aussichtspunkten vorzunehmen.

Verschiedenes.

Rostock, 11. Jan. Dem „Rostocker Anzeiger" zufolge haben Seine Majestät der Kaiser und Seine Königl. Hoheit der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin ihre Zustimmung gegeben zur Uebernahme des Vorsitzes der Deutschen Kolonialgesellschaft durch den Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg. Er hat mit seiner Gemahlin am 8. ds. von Weimar aus eine Reise nach Ceylon angetreten, wird im Mai zurückkehren und sodann den Vorsitz der Deutschen Kolonialgesellschaft übernehmen.

Neustrelitz, 11 Jan. Durch eine mächtige Feuersbrunst sind dem Amtsrichter in Strelitz alle in Verwahrsam gehaltenen Hypothekenscheine, Testamente, Sparkassenscheine und Gelder vernichtet worden.

Elberfeld, 11. Jan Der hiesige Kriegerverband hat beschlossen, dem Generalfeldmarschall Moltke ein Standbild hier zu errichten. Es soll in Form einer Bronzestatue in 2½facher Lebensgröße auf Granitsockel zur Ausführung kommen.

München, 12. Jan. (Tel.) Im hiesigen Zuchthaus erschlug ein zum Tode verurtheilter, aber zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigter Sträfling seinen Nebengesellen mit der Hozart. — Im Laufener Steinbruch wurden gestern vier Arbeiter durch einen herabfallenden Stein todtgedrückt.

Aus Rußland, 10 Jan. Auf dem Uralflusse ist der Winterfischfang unter den üblichen Förmlichkeiten begonnen worden. Morgens 8 Uhr wurde in Anwesenheit des Hetmans unterhalb der Stadt Uralsk ein Kanonenschuß gelöst; etwa 6000 Kosaken hieben dann Löcher in das Eis und warfen ihre Angelhaken aus. Schon nach drei Stunden waren an 2000 Störe und Hausen, darunter 950 Stück mit Caviar, gefangen. Von dem letzteren wurde der beste als sogenannter Präsent-Caviar an den Kaiserlichen Hof gesandt.

Neueste Telegramme.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 12. Jan. Am Bundesrathstische: Bronsart v. Schellendorff, Graf Posadowsky, Justizminister v. Schönstedt und Staatssekretär Nieberding.

Die Berathung der Umsturzvorlage wird fortgesetzt.

Abg. Lerno (Landgerichtsrath zu Weiden (Oberpf.), Vertreter für Amberg, Centr.) bedauert, daß von Gröber und Sigl die Fuchsmühler Angelegenheit in die Debatte gezogen wurde, um so mehr, als dieselbe dem Landgericht angehöre, wo in wenigen Monaten voraussichtlich die Sache werde verhandelt werden. Es sei doch eigentlich eine ganz interne bayrische Angelegenheit. Sigl's Bedauern, daß die Sache nicht vor das Schwurgericht gekommen sei, ist gänzlich ungerechtfertigt, denn es läge darin ein unbegründetes Mißtrauen gegen die bayrischen Richter. Redner polemisirt gegen die Ausführungen Sigl's und bezeichnet einzelne als grobe Unwahrheiten. Es sei unwahr, daß in Bayern über diese Vorlage Mißstimmung herrsche. Die Unzufriedenheit bestehe im allgemeinen über den Niedergang des Handels und Verkehrs. Für eine weitere Beschränkung der Presse würde das Centrum nicht zu haben sein. Dagegen empfehle es sich, auf ein künftiges Preßgesetz den Befähigungsnachweis und einen Ehrenrath für die Journalisten zu fordern. (Der Präsident rügt die vom Redner gebrauchten Ausdrücke „grobe Unwahrheiten" und „hämisch" und ruft den Redner nachträglich deßhalb zur Ordnung.)

Abg. Spahn bekämpft die Vorlage als Ausnahmegesetz, welchen Charakter die Motive unzweifelhaft verrathen. Gerade, daß man die Tendenz und nicht die Handlung treffen will, beweise, daß es sich um ein Ausnahmegesetz handelt. Der Redner weist die Ausführungen des Staatssekretärs zurück, daß es sich hier um den Ausbau des gemeinen Rechts im Sinne der früheren Windthorst'schen Resolutionen handle und verwahrt das Centrum energisch gegen die Unterstellung, daß es gegenüber der Vorlage „do, ut des" Potitik treiben wolle. Die Lehren der Professoren, welche aus öffentlichen Geldern besoldet werden, müßten strenge überwacht werden. Das Centrum erwartet, daß die Regierung ausführliches Material in der Kommission vorlege, dasselbe werde auf das Gewissenhafteste geprüft. In der schrankenlosen Freiheit des Kulturkampfes liegen die starken Wurzeln der Sozialdemokratie. Die schrankenlose Freiheit trägt eine weitere Schuld an deren Ausbreitung. Die Sozialisten legen dieser Vorlage eine Bedeutung bei, welche dieselbe gar nicht habe. Das vorliegende Gesetz wird nur den ersten Schritt bilden und andere Schritte würden nachfolgen. So z. B. habe Frankreich in einem Jahre zwei derartige verschärfende Vorlagen gemacht. (Während der Rede Spahn's haben v. Köller, v. Marschall, v. Boetticher und der Reichskanzler den Saal betreten. Letzterer wurde von Herbert Bismarck lebhaft begrüßt, mit welchem er sich unterhielt, ebenso mit v. Bennigsen.) Redner bespricht die inneren Bestimmungen des Entwurfs. Der Reichskanzler glaube annehmen zu können, daß der Reichstag deßhalb den Entwurf in die Kommission verweisen will, weil er Abhilfe für die ernsten Gefahren schaffen will. Die Regierung habe bei der Erfüllung ihrer heiligen Verpflichtungen zwei Wege gesehen, um einen Schutzwall für die höchsten Güter des Lebens zu schaffen: das Ausnahmegesetz und die Abänderung des gemeinen Rechts. Man habe wegen der früheren Erfahrungen einen gewissen mittleren Weg eingeschlagen. Die Vorlage gelte nicht dem Kampfe der Meinungen, sondern der Methode des Kampfes. Man hat geglaubt, daß das Uebel in den sozialen Schäden liege und durch Abhilfe derselben den Umsturz abzuhalten möglich sei. Dem ist nicht so. Die Fürsorge des Reichs für die Bevölkerung und die Bekämpfung der Sozialdemokratie haben keine Berührung mit einander. Seit Bestehen des Reichs ist nicht eine Session vergangen, in welcher nicht die Regierungen gemeinsam mit dem Reichstag für das Wohl der arbeitenden Klassen fördernd thätig und unablässig bemüht gewesen seien, auf dem Fundamente des christlichen Glaubens weiter zu bauen. Darin werden wir von keinem anderen Lande der Welt übertroffen. Dieser Weg wird nicht verlassen werden. Die Regierungen sind überzeugt, daß sie hierin auf den Reichstag rechnen können. Aber mit dem Kampfe gegen den gewaltsamen Umsturz verhält es sich anders. Dieser Kampf ist ein Kampf gegen internationale Verbrecher. In diesem Punkte werden die Regierungen die Unterstützung der Nation und, wie ich hoffe, auch die thatkräftige Mitwirkung der Mehrheit des Reichstags finden. (Lebhafter Beifall, rechts.)

Abg. Leuschner führt aus: Die Reichspartei steht auf dem von Stumm dargelegten Standpunkte. Es sei die höchste Zeit, daß den von allen Seiten zuströmenden zerstörenden Einflüssen mit Energie entgegengetreten werde. Redner fährt fort, indem er speziell die Mansfelder Verhältnisse bespricht, daß zu seiner großen Freude die Mehrheit der Bevölkerung sich nicht habe von den Hetzereien der sozialistischen Zeitungen verlocken lassen.

Abg. Frohme erklärt, indem er an die Ausführungen Stumm's anknüpft, daß seine Partei allerdings eine revolutionäre Partei sei, aber Stumm habe nicht dargethan, was die Sozialisten darunter verstünden. Dieser Vorwurf sei lediglich wiederholt erhoben worden, um die gegenwärtige Vorlage zu rechtfertigen. Auch die Befürwortung der freien Liebe werfe die rechte Seite der Sozialdemokratie ganz ungerechtfertigter Weise vor. Redner polemisirt gegen den Vorwurf, daß in der sozialdemokratischen Presse oder in den Versammlungen auch nur versucht worden sei, anarchistische Thaten zu glorifiziren. (Unruhe rechts.) Die ganze Kirchengeschichte bis in die neueste Zeit sei voller Beweise hierarchischen Anarchismus, ein Beweis reihe sich an den anderen. Der Anarchismus ist das legitime Kind der Autorität. Auch die Vorwürfe bezüglich des sozialistischen Kalenders wegen der darinnen enthaltenen Attentate seien ungerechtfertigt, in demselben sei unter anderm auch König Heinrich VIII., der hinrichten ließ, angeführt; weiter seien angeführt die Czarenmeucheleien ꝛc. Die Vorwürfe von Stumm seien ihm nicht überraschend gewesen. Die Aussaat der Unzufriedenheit, so heiße es, besorgten die Sozialdemokraten, dieselbe besorge jedoch ein Anderer. Wie diese Unzufriedenheit entstünde, das zeige der Antrag auf Erhöhung der Civilliste. Stumm rede vom sozialistischen Staat im Staate, er solle besser vom absoluten Königreich im Staate sprechen. Ihm seien alle Diejenigen unbequem, die die sozialen Reformen anerkennten. Wer dem Arbeiter sage, er habt ein Recht, werde in Acht und Bann gethan. Dem Vorwurf, daß die Arbeiter sich hätten Untreue zu Schulden kommen lassen, könne er in gleicher Weise Namen der herrschenden Klasse entgegenhalten. Er erinnere an die Steuerhinterziehung und Checkfälschung von Hirschfeld und Wolffe, er erinnere an die Unterschlagungen des Landgerichtsdirektor Wehr. So würden auch unter den Sozialisten solche gefunden, die wegen Diebstahl ꝛc. Gefängniß gehabt hätten.

Es sprachen noch der Kriegsminister, Minister v. Köller und der Abg. v. Buchka.

Der Schluß der Debatte wird angenommen und die Umsturzvorlage mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Sozialisten an eine Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. Tagesordnung: Rechnungssachen, Interpellation Hasse, betreffend den Schutz der Deutschen im Ausland, und Interpellation, betreffend die Handwerkerkammern.

Berlin, 12. Jan. In der Budgetkommission wird die Berathung des Militäretats fortgesetzt. Der Kriegsminister erklärt: Da die Kommandantenstelle in Altona nothwendig besetzt werden muß, sei sie allerdings widerruflich besetzt worden, nachdem der Schatzsekretär erklärt hatte, der Wiederbesetzung stehe nichts entgegen; er (der Kriegsminister) habe bona fide gehandelt und beabsichtige nicht, das Etatrecht des Reichstags anzugreifen. Schatzsekretär Graf v. Posadowsky erklärt: er übernehme die Verantwortlichkeit und werde die Indemnität nachträglich verlangen und sein Vorgehen in der Rechnungskommission motiviren.

Berlin, 12. Jan. Die Reichstagsbaukommission ist zum 19. d. M. einberufen, um über die Frage der Anbringung der Inschrift: „Dem deutschen Volke", an der vorderen Front des Reichstagsgebäudes Beschluß zu fassen.

Berlin, 12. Jan. Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe wird sich morgen Früh zum Fürsten Bismarck nach Friedrichsruhe begeben.

Köln, 12. Jan. Die „Köln. Zeitg." meldet aus Berlin: Seine Majestät der Kaiser hatte die Absicht gehabt, zur Beerdigung der Fürstin Bismarck einen Kranz zu spenden. Derselbe konnte bis zur Beerdigung nicht fertig gestellt werden. Nunmehr überbrachte der nach Friedrichsruh entsandte Flügeladjutant des Kaisers, Graf Moltke, ein Blumenarrangement, welches an dem Bilde der Fürstin im Herrenhauszimmer angebracht werden soll. Ferner überbrachte er eine Zeichnung, betreffend die Entwicklung der Marine, welche der Kaiser aus Anlaß des Vortrags bei dem jüngsten Herrenabend im Neuen Palais entworfen hatte.

Paris, 12. Jan. Clemenceau hat die ihm im Arrondissement Tonnerre angebotene Kandidatur zur Deputirtenkammer abgelehnt.

London, 12. Jan. Baring Brothers übermittelten gestern an die Bank von England den gesammten Betrag, welchen die Firma für die 1890 gewährten Vorschüsse der Bank schuldete. Die Bank benachrichtigte die Garanten, daß deren Verantwortlichkeit nunmehr erloschen sei.

London, 12. Jan. Wie der „Times" aus Buenos Aires gemeldet wird, wurden die Gesetze betr. die Gewährung eines fünfjährigen Moratoriums an die Provinzialhypothekenbanken und betr. die Ermächtigung der Nationalregierung zur Uebernahme der Schulden der Provinzen publizirt.

St. Petersburg, 12. Jan. Der „Regierungsbote" veröffentlicht ein gestern unterzeichnetes Protokoll über die formelle Uebergabe von 65 433 691 Rubel Gold aus der Umsatzkasse der Staatsbahnen und dem Umsetzungsfond und die Vernichtung im Portefeuille befindlich gewesener nicht realisirter 5prozentiger Rente im Betrag von 173 528 555 Rubel.

Konstantinopel, 12. Jan. Die „Agence de Constantipel" ist ermächtigt, die Meldung, daß die Pforte sich an einige Mächte gewendet habe, um ihre guten Dienste bei der russischen und englischen Regierung in der armenischen Frage in Anspruch zu nehmen, als vollkommen falsch zu erklären.

Madrid, 12 Jan. Der Minister des Auswärtigen erklärte, daß das Handelsübereinkommen zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten, betreffend Cuba, wahrscheinlich heute zu Stande käme. 60 Senatoren und Deputirte, welche die an der Woll- und Getreidefrage betheiligten Distrikte vertreten, billigen die versöhnliche Haltung der Regierung.

Tientsin, 12. Jan. Das Reuter'sche Bureau meldet: Die Japaner rücken energisch gegen Tsin-Tschon vor, während sich die Chinesen langsam nach der großen Mauer zurückziehen, wo sie, wie man erwartet, Halt machen und dem Feinde entgegentreten dürften. Der Schnee erschwert den Marsch der Truppen. Mehrere kleine Gefechte haben stattgefunden, bei denen die Chinesen zahlreiche Verwundete hatten.

Familiennachrichten.

Todesfälle. 10. Jan. Anselm Bitsch, Wittwer, Taglöhner, 77 J. — 11. Jan. Katharina, Ehefrau von Franz Johann Peter, Bahnwärter a. D., 79 J. — Marie, 5 M. 19 T., V.: Kilian Jost, Arbeiter.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Januar	Barom. mm	Therm. in C	Absolute Feucht. in mm	Relative Feuchtig. keit in %	Wind	Himmel.
11. Nachts 9²⁶ U.	746.3	—4.4	2.8	86	SW	bedeckt
12. Mrgs. 7²⁶ U. *	745.7	—6.6	2.3	86	„	„
12. Mittgs. 2²⁶ U.	745.7	—3.2	2.7	76	„	halb bedeckt

Höchste Temperatur am 11. Jan. —3.0°; niedrigste heute Nacht —7.0°.

* Niederschlagsmenge der letzten 24 Stunden 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins. Maxau, 12. Jan., Mrgs., 2.78 m, gefallen 1 cm.

Witterbericht des Centralbur. f. Met. u. Hydr. v. 12. Jan. 1895.

Vor dem Kanal ist eine tiefe Depression erschienen, welche aber vorerst nur ihre nächste Umgebung beeinflußt, im übrigen ist die Luftdruckvertheilung im wesentlichen die gleiche wie bisher geblieben, indem noch ein intensives barometrisches Maximum über Nordosteuropa einem Gebiet niedrigen Druckes über Mitteleuropa gegenüber liegt; hier dauern deßhalb die Schneefälle fort. Das Frostgebiet hat sich wieder über dem ganzen Festland ausgebreitet; die tiefsten Temperaturen werden aus Frankreich gemeldet (Paris —11°). Ein Witterungsumschlag scheint noch nicht bevorzustehen.

Telegraphische Kursberichte

vom 12 Januar 1895.

Frankfurt. (Anfangskurse.) Kreditaktien 240⅝, Staatsb. 336¼, Lomb. 88—, 3% Portugiesen 26.—, Egypter 104.20, Ungarn 102.20, Diskonto-Kommandit 208.90, Gotthardaktien 186.60. Tendenz: fest.

Frankfurt. (Schlußkurs I.) Wechsel Amsterdam 169.15, Wechsel London 204.17, Paris 811.83, Wien 164.65, Privatdiskonto 1½, Napoleons 16.20, 4% Deutsche Reichsanleihe 106.20, 3% Deutsche Reichsanleihe 97.—, 4% Preuß. Konsols 106.—, 4% Baden in Gulden 104.20, 4% Baden in Mark 105.55, 5% Griechen 29.90, 4% Monopolgriechen 33.—, 5% Italiener 86.80, Oesterr. Goldrente 103.20, Oesterr. Silberrente 83.10, Oesterr. Loose von 1860 132½, 4½% Portugiesen 37.30, III. Orientanleihe 65.70.

Frankfurt. (Schlußkurs II.) Spanier 71.10, Zoll-Türken 101.60, 1% Türken D. 25.90, 4% Ungarn 102.40, 5% Argentinier —.—, 6% Mexikaner 70.20, Berliner Handelsgesellschaft 157.80, Darmstädter Bank 154.50, Deutsche Bank 173.90, Diskonto-Kommandit 208.90, Dresdener 159.20, Oesterr. Länderbank 234⅝, Oesterr. Kreditaktien 240⅝, Hess. Ludwigsbahn 124.60, Lombarden 87¾, Staatsbahn 336¼, Elbthalaktien 229.—, Schweizer Nordostbahn 133.90, Mittelmeerbahn 93.40, Meridional 125.90, Badische Zuckerfabrik 63.90, Nordd. Lloyd 89.30. (Nachbörse.) Kreditaktien 340½, Diskonto-Kommandit 208.60, Staatsbahn 336⅛, Lombarden 87¾, Russen 220.—, Tendenz: träge.

Berlin. (Anfangskurse.) Kreditaktien 253.10, Diskonto-Kommandit 208.75, Staatsbahn 166.25, Lombarden 43.25, Russ. Noten 220.—, Laurahütte 125.25, Harpener 146.75, Südb. —.—.

Berlin. (Schlußkurs.) Kreditaktien 252.70, Diskonto-Kommandit 208.50, Lombarden 45.30, Russ. Noten 220.20, Bochumer Gußstahl 139.—, Gelsenkirchen Bergwerk 165.25, Laurahütte 124.20, Harpener 144.90, Privatdiskonto 1⅜.

Wien. (Vorbörse.) Kreditaktien 416.25, Staatsbahn 402.60, Lombarden 105.20, Marknoten 60.75, 4% Ungarn 124.30, Papierrente 100.75, Oesterr. Kronenrente 100.40, Länderbank 288.—, Ungar. Kronenrente 99.20 Tendenz: fest.

Paris. (Schlußkurs.) 3% Rente 102.35. Spanier 73⅝, Türken 26.27, 3% Portugiesen 25⅛, Banque Ottomane 683.—, Rio Tinto 375.—. Tendenz: —.—.

Abendkurse vom heutigen Tage.

Berlin. Diskonto-Kommandit 208.90, Bochumer 139.10, Dortmunder 63.90.

Frankfurt. Kredit 341½, Diskonto 209.—, Staatsbahn 336¼, Lombarden 87½, Gelsenkirchen —.—, Türken —.—, Portugiesen 25.90, 6% Mexikaner 70.30. Tendenz: fest.

Paris. 3% Rente 102.45, 3% Portugiesen 25¼, Spanier 73¾, Türken 26.30, Banque Ottomane 682.—, Rio Tinto 375.—, Banque de Paris —.—, Italiener 85.60. Tendenz: fest.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Katz in Karlsruhe.

Kunstgewerbe-Magazin von **F. Mayer & Cie.**
Hoflieferanten, Karlsruhe, Rondelplatz.
Grösstes Lager von Luxus- und Gebrauchsartikeln
in Porzellan, Crystall, Bronze, Christofle-Silber, Pendulen, Lampen
für Geschenke, Aussteuern, Hôtel- und Hauseinrichtungen.

Sämmtliche Besatz-Artikel und Putz-Stoffe für **Ball- und Masken-Costüme**, sowie **Fächer, Larven, Schellen, Strümpfe, Handschuhe** etc. in grösster Auswahl zu den billigsten Preisen.
Julius Strauss, Karlsruhe, nächst dem Marktplatz.
En gros. En détail.

A. Winter & Sohn, **Nachf. Fried. Köchlin,** Repräs. v. Christofle & Cie., **Karlsruhe.** **Kunstgewerbliches Magazin I. Ranges. Aussteuern** u. **Einrichtungen** in Glas u. Porzellan als **Specialität.** Illustr. Catalog gratis u. franco.

Todesanzeige.

Karlsruhe. Freunden und Bekannten theilen wir schmerzerfüllt mit, daß unser heißgeliebter Gatte, Vater und Großvater,

Karl Reutti,

Großh. Gerichtsnotar,

nach kurzem, aber schwerem Leiden heute Früh im Alter von 64 Jahren sanft verschieden ist.

Karlsruhe, den 12. Januar 1895. N 973.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Sophie Reutti, geb. Riggler.

Die Beerdigung findet Montag den 14. d. M., Nachmittags 3 Uhr, von der Friedhofkapelle aus statt.

Die

Badische Bank

übernimmt unter Garantie

in Mannheim und in Karlsruhe

die **Aufbewahrung geschlossener Depositen** sowie die **Aufbewahrung und Verwaltung von Werthpapieren, Hypothekendokumenten, Vormundschafts- und Pflegschaftsdepots in offenem Zustande.**

Die **Badische Bank** besorgt hiernach:

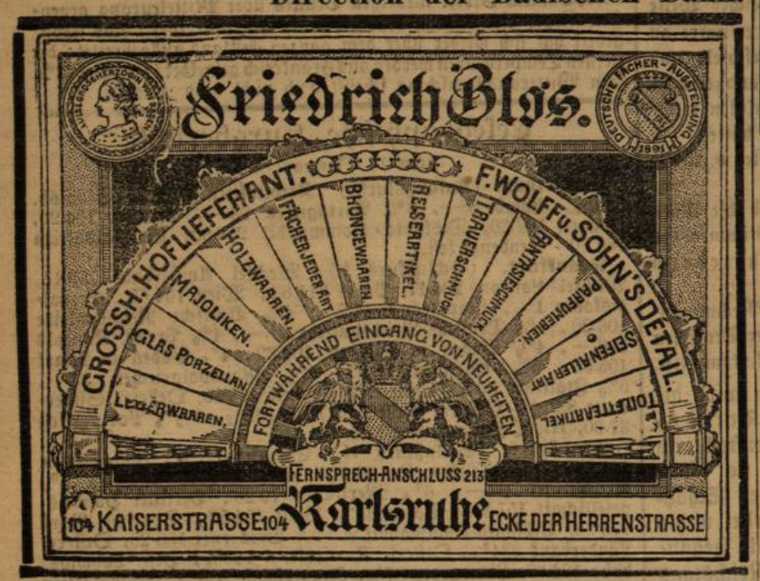
a. auf Verlangen die Kontrole der Verloosungen und Kündigungen von den bei ihr deponirten Werthpapieren;
b. den Einzug von Zins- und Dividende-Coupons, verloosten und gekündigten Werthpapieren und Hypothekenzinsen;
c. den Bezug neuer Couponsbogen und definitiver Stücke;
d. die Ausübung von Bezugsrechten, Konvertirungen und Einzahlungen nach Auftrag, ferner:

den **Ankauf u. Verkauf von Werthpapieren,** sowie alle mit der Anlage von Kapitalien verbundenen Obliegenheiten und eröffnet **provisionsfreie verzinsliche Checkrechnungen.**

Bedingungen und Formulare sind von den beiden Bankanstalten unentgeltlich zu beziehen.

Mannheim und **Karlsruhe.** N.755.2.

Direction der Badischen Bank.



L. Stromeyer & Co., Konstanz.

Mechanische Segeltuch- und Leinenweberei, Wagendecken-, Zelte- und Baracken-Fabrik.

Special-Fabrikate:

Wasserdichte Wagendecken, Pferdedecken für Sommer und Winter.
Marquisen- und Zeltstoffe.
Segeltuch, Zwilch, Drillich.
Sackstoffe, Rohleinen, Jutegewebe.
Säcke aller Art.
Leihdecken für Transport- und Bedachungszwecke.
Fest- und Ausstellungshallen zum Vermiethen.
Wirthschafts-, Garten- und Militär-Zelte.
Baracken, transportabel. L 635.2.
Kranken-, Wirthschafts-, Wohnbaracken.

Kataloge, Proben und Preise gratis.

Sinsheim a. E.

„Gasthaus zur Post" (I. Ranges).

Altrenommirtes Haus. Grosse schöne Zimmer. Feine Küche. Gute Weine.

Fuhrwerk im Hause. Civile Preise.

N.812.2. Besitzer: **Jos. Steubing.**

SCHIEDMAYER, Pianofortefabrik

vormals **J. & P. Schiedmayer,**
Königl. Hoflieferanten, Stuttgart.
Stammhaus gegründet 1781.

Flügel. Pianino. Harmonium.

Anerkannt bestes Fabrikat. — Billige Preise.

Vertreter **H. MAURER,** Piano-Lager,
Karlsruhe, Friedrichsplatz 5. N.2286.

Feldzug 1870/71.

Der unterzeichnete Verlag beabsichtigt, das begonnene vaterländische Unternehmen: **Herausgabe von Erlebnissen einzelner badischer Feldzugssoldaten im Feldzuge 1870/71** auf alle badischen Regimenter auszudehnen, und ersucht frühere Angehörige des 2., 4. und 6. Infanterie-, des 1. und 2. Dragoner-Regiments, sowie des Fußartillerie-Bataillons, welche ihre Kriegserlebnisse aufgezeichnet haben, sich mit ihr in's Benehmen setzen zu wollen.

Karlsruhe. J. J. Reiff's Verlag.

N.906

W. Lichtenfels, Friedrichsplatz 9, Karlsruhe.

Specialität: Porzellan und Glas, Holz, Britannia-, vernickelte und versilberte Waaren. Christofle-Fabrikate zu Fabrikpreisen. Künstliche Blumen aus Stoff und Porzellan. Japan. und chines. Waaren. Steh- und Hängelampen. Bestecke. Kunstgewerbl. Gegenstände versch. Art

Planfertigung u. Bauleitung zu Fabrikanlagen, zu Dampf- & Wasserkraftanlagen p. p.

übernimmt L 739.19

Civ.-Ing. Wilh. Walz. Karlsruhe.

Militärinstitut Darmstadt.
Vorbereitung f. Fähnrichs-, Marine-, Primaner- u. Freiw.-Examen.
Vorst.: **Carl Waldecker,** Hauptm. d. L. früh. act. im Ingen.-Corps.
N.864.2

Künstl. Zähne,

Zahnziehen, Plombiren und alle anderen in das Fach schlagenden Arbeiten.

Walter Dinkler (vorm. G. Stohner), **Waldstrasse 33.**

Billige Preise. N.957.1

Madapolam
Shirting
Chiffon
Damast
Piqué

A. Streit in **Ettlingen**

Croisé
Sammet
Futterstoffe
in
½ (50 mtr) und ½ (25 mtr) Stücken.

Muster & Preisliste frc.

N.413.5

Tadelloses, ganz neues unt. Garantie sehr billig zu verkauf. bei **L. Hack,** Rüppurrerstrasse 2, 2 Treppen (Café Grünwald). N.801.2

Beste und billigste Bezugsquelle für garantirt neue, doppelt gereinigt und gewaschene, echt nordische

Bettfedern.

Wir versenden zollfrei, gegen Nachn. (jedes beliebige Quantum) **Gute neue Bettfedern** pr. Pfd. f. 60 Pfg., 80 Pfg., 1 M. u. 1 M. 25 Pfg.; **Feine prima Halbdaunen** 1 M. 60 Pfg. u. 1 M. 80 Pfg.; **Weiße Polarfedern** 2 M. u. 2 M. 50 Pfg.; **Silberweiße Bettfedern** 3 M., 3 M. 50 Pfg. u. 4 M.; fern. **Echt chinesische Ganzdaunen** (sehr füllkräftig) 2 M. 50 Pfg. u. 3 M. Verpackung zum Kostenpreise. — Bei Beträgen von mindestens 75 M. 5% Rabatt. — Nichtgefallendes bereitw. zurückgenommen!

Pecher & Co. in Herford in Westfalen.

!Restaurant Frankeneck!

Täglich reichhaltige **Frühstücks- und Abend-Karte,** feinstes **Sinner'sches Exportbier,** sowie reine **Weine** in großer Auswahl empfiehlt

J. 787.33. **Wilhelm Hensel.**

Bürgerliche Rechtspflege.

Aufgebot.

N.921.2. Nr. 854. Pforzheim. Die politische Gemeinde Oeschelbronn besitzt schon seit vielen Jahren den im dortigen Ortsetter gelegenen 20 Ar 93 Quadratmeter großen Kirchenplatz, während die evangelische Kirchengemeinde während der gleichen Zeit Besitzerin des Grundstückes ist, auf welchem die evangelische Kirche steht, im Maßgehalt von etwa 3 Ar 72 Quadratmeter und besitzt die letztere im dortigen Gewann Theilgärten einen Friedhof im Maßgehalt von 13 Ar 44 Quadratmeter und ist der Eigenthumserwerb dieser Grundstücke theilweise im Grundbuch nicht eingetragen.

Auf Antrag der Inhaber dieser Liegenschaften werden nun alle Diejenigen, welche an diesen Grundstücken in den Grund- und Pfandbüchern der Gemeinde Oeschelbronn nicht eingetragene und auch sonst nicht bekannte, dingliche oder auf einem Stammguts- oder Familiengutsverbande beruhende Rechte zu haben glauben, aufgefordert, dieselben in dem hiermit auf

Samstag den 9. März 1895,
Vormittags 10 Uhr,

angeordneten Termin geltend zu machen, widrigenfalls die nicht angemeldeten Ansprüche für erloschen erklärt würden.

Pforzheim, den 5. Januar 1895.
Großh. bad. Amtsgericht.
gez. Mors.

Dies veröffentlicht
Der Gerichtsschreiber:
C. Beck.

Vermögensabsonderung.

N 953. Nr. 14,207. Karlsruhe. Durch Urtheil des Großh. Landgerichts Karlsruhe, Civilkammer II, vom Heutigen wurde die Ehefrau des Mühlenbauers Georg Gmelin, Salomea, geborene Schindler in Durlach, für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes abzusondern.

Dies wird hiermit zur Kenntniß der Gläubiger gebracht.

Karlsruhe, den 22. Dezember 1894.
Der Gerichtsschreiber
des Großh. Landgerichts Karlsruhe:
Dr. Elsasser.

N.977. Nr. 115. Karlsruhe. Durch Urtheil des Großh. Landgerichts Karlsruhe, Civilkammer II, vom Heutigen wurde die Ehefrau des Bäckers Max Hall, Anna, geborne Müller in Grünwettersbach, für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes abzusondern.

Dies wird hiermit zur Kenntniß der Gläubiger gebracht.

Karlsruhe, den 22. Dezember 1894.
Der Gerichtsschreiber
Großh. Landgerichts Karlsruhe:
Götzmann.

N.970. Nr. 386. Mannheim. Die Ehefrau des Schuhmachers Andreas Sehn, Rosa, geborene Handschuh in Ladenburg, hat gegen ihren Ehemann bei diesseitigem Landgerichte eine Klage mit dem Begehren eingereicht, sie für berechtigt zu erklären, ihr Vermögen von dem ihres Ehemannes abzusondern.

Termin zur Verhandlung hierüber ist auf:

Donnerstag den 14. März 1895,
Vormittags 10 Uhr,

bestimmt.

Dies wird zur Kenntnißnahme der Gläubiger andurch veröffentlicht.

Mannheim, den 10. Januar 1895.
Gerichtsschreiberei Großh. Landgerichts.
Dr. Ladenburger.

Bekanntmachung.

N.965. Nr. 801. Waldshut. Die mit Beschluß Gr. Amtsgerichts Waldshut vom 26. Juli 1894, Nr. 16,212, verfügte Verbeistandung des Joseph Gerster von Nöggenschwiel ist durch rechtskräftiges Urtheil des Großh. Landgerichts Waldshut — Civilkammer I — vom 25. Oktober 1894, Nr. 5804, aufgehoben worden.

Waldshut, den 10. Januar 1895.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Reich.

Zwangsversteigerung.

N.948. Karlsruhe.

Steigerungs-Ankündigung.

Freitag den 15. Februar 1895, Nachmittags 2 Uhr,

wird im Hause Hebelstraße Nr. 7, ebener Erde hier, dem Kaufmann **Karl Neff** und dessen Ehefrau, Euphrosine, geb. Wenkert hier, die unten beschriebene Liegenschaft der Gemarkung Karlsruhe in Folge richterl. Verfügung einer öffentlichen Versteigerung ausgesetzt, wobei der endgiltige Zuschlag erfolgt, wenn wenigstens der Schätzungspreis erreicht wird.

R.H.B XIX. 3925.

Das in der **Schwimmschulstraße** dahier unter **Nr. 10,** einers. neben Kaufmann Christof Dahlacker, anders. neben Photograph Wilhelm Graf gelegene zweistöckige **Wohnhaus** sammt aller liegenschaftlicher Zugehörde, einschließlich des **Grund und Bodens,** im Flächengehalt von 2 Ar,

taxirt zu . . . . . 12500 M.

Zwölf Tausend fünfhundert Mark

Die Steigerungsbedingungen können in meinem Amtszimmer — **Waldstraße 52** — eingesehen werden.

Karlsruhe, den 9. Januar 1895.
Großh. Notar:
Beck.

Strafrechtspflege.

Ladung.

N.876.3. Nr. 16.395. Konstanz. Der ledige Landwirth Karl Henne, geboren am 5. Oktober 1868 zu Deilingen, Oberamts Spaichingen, zuletzt in Konstanz wohnhaft, zur Zeit an unbekannten Orten abwesend, wird beschuldigt, als Ersatzreservist ausgewandert zu sein, ohne von der bevorstehenden Auswanderung der Militärbehörde Anzeige erstattet zu haben,

Uebertretung gegen den § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs.

Derselbe wird auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts hierselbst auf

Mittwoch den 20. Februar 1895,
Vormittags 9 Uhr,

vor das Großh. Schöffengericht zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von dem Königl. Bezirkskommando zu Konstanz ausgestellten Erklärung verurtheilt werden.

Konstanz, den 29. Dezember 1894.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
A. Burger.

Verm. Bekanntmachungen.

N.930.2. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Mit Bezug auf die Ministerialverordnung vom 19. Mai 1881 (Gesetzes- und Verordnungsblatt Nr. XIII) wird hiermit bekannt gegeben, daß die nächste **Eisenbahngehilfen Prüfung**

Montag den 11. März d. J.

beginnen wird.

Gesuche um Zulassung zu dieser Prüfung, deren Anforderungen in § 5 der im diesseitigen Verordnungsblatt Nr. 38 von 1881 veröffentlichten Ministerialverordnung vom 2. Juli 1881 näher festgestellt sind, müssen **spätestens auf 10. Februar d. J.** unter Beigabe der erforderlichen Zeugnisse anher eingereicht werden.

Sofern der Bewerber außer in der französischen Sprache noch in der englischen oder italienischen Sprache geprüft werden will, so ist dies im Gesuche zu bemerken.

Das erwähnte diesseitige Verordnungsblatt Nr. 38 von 1881 kann bei allen badischen Eisenbahndienststellen eingesehen werden.

Karlsruhe, den 8. Januar 1895.
Generaldirektion.

N.978. Bei der diesseitigen Stelle sind eine Anzahl entbehrlich gewordener **Bureau-Einrichtungsgegenstände** (Aktenkästen, Pulte, Lampen 2c), sowie verschiedene **Materialien** (Thüren, Fenster, Ofentheile 2c.) nebst einem Kasten mit veterinär-chirurgischen Instrumenten im Submissionswege zu verkaufen.

Etwaige Angebote sind bei der unterzeichneten Handkasse-Verrechnung, allwo auch die Verkaufsbedingungen und Gegenstände eingesehen werden können, binnen 14 Tagen einzureichen.

Karlsruhe, den 10. Januar 1895.
Handkasse-Verrechnung
Großh. Ministeriums des Innern.
A. Roth.

Druck und Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.